



Mit 8 Prozent aus der Krise

Von Frank Richter, Vorsitzender der GdP Nordrhein-Westfalen



**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

erst waren es 100 Milliarden, die Bund und Länder quasi über Nacht für die Rettung des maroden Bankensystems bereitgestellt haben. Dann wurden von der Politik weitere 100 Milliarden Euro ins Spiel gebracht – zur Überwindung von Liquiditätsgengpässen der Unternehmen. Ei-

ne Idee, für die sich vor allem der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) stark gemacht hat. Und am Ende hat die Bundesregierung noch einmal 50 Milliarden Euro draufgelegt, als so genanntes Konjunkturprogramm II. Mit seiner Hilfe sollen nicht nur seit Jahrzehnten vergammelte Schulgebäude saniert, sondern auch ein Teil der maroden Infrastruktur instand gesetzt werden.

Inzwischen weiß jeder, was für ihn das Konjunkturprogramm II bringt. Zwischen zwei- und dreihundert Euro im Jahr – mehr ist für Normalverdiener nicht drin. Ein Konjunkturprogramm sieht anders aus – jedenfalls dann, wenn es tatsächlich, wie seit Wochen unablässig von der Politik behauptet, die Achillesverse Deutschlands, die schwache Binnennachfrage, kurieren soll. Denn mehr als zehn Jahre Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften lassen sich nicht mit ein paar hundert Euro heilen. Auch nicht mit Hilfe von Abwrackprämien für Alttaxis. Sondern nur dadurch, dass das Problem an der Wurzel angepackt wird.

Deshalb ist die Forderung nach einer 8-prozentigen Gehaltserhöhung, mit der die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, ver.di, GEW, GdP und der Deutsche Beamtenbund, in die Verhandlungen mit den Ländern gegangen sind, eine kluge Antwort auf die Krise. Ökonomisch ist eher bescheiden. Denn selbst wenn die Gewerkschaften ihre Forderung durchsetzen, würde der Gehaltszuschlag von acht Prozent den Beschäftigten lediglich das zurückgeben, was sie 2004 – vor der Verabschiedung des TV-L und der seither galoppierenden Inflation – schon hatten. Die Beschäftigten in Schulen und Krankenhäusern, in der Justizverwaltung und bei der Polizei könnten sich also nur das wieder kaufen, was sie früher einmal kaufen konnten – vor der von der Politik mit zu verantwortenden flächendeckenden Absenkung der Löhne, vor der gezielten Schwächung der Binnennachfrage und der Verödung der Innenstädte.

Dass bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Einkommenssteigerungen überfällig sind, wissen auch die Politiker. Noch im Mai vergangenen Jahres haben die Bundesregierung und die Kommunen mit den Gewerkschaften eine deutliche Lohnerhöhung für ihre Beschäftigten vereinbart. Um fünf Prozent sind die Einkommen im Schnitt gestiegen, in den unteren Einkommensgruppen gab es sogar ein Plus von sieben Prozent. Wenn auch verteilt auf zwei Jahre.

Ein Abschluss mit Vorbildcharakter – auch wenn die ersten Politiker schon wieder über schlechte Zeiten für gute Tarifabschlüsse jammern. Dieselben Politiker übrigens, die gerade erst über Nacht Milliarden für die Sanierung maroder Banken bereitgestellt haben. Und die sich – fast unbemerkt von der Öffentlichkeit – Mitte Januar nicht nur auf ein staatliches Konjunkturprogramm verständigt haben, sondern auch auf eine neue, rigide Schuldenbremse: Geht es nach den Unterhändlern der Großen Koalition, dürfen Bund, Länder und Kommunen schon bald in wirtschaftlich normalen Zeiten so gut wie keine Schulden mehr machen. Allenfalls um 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen ab 2015 die Ausgaben des Staates noch über den Einnahmen liegen. Bei gleichzeitiger Steuersenkung. Erreichen lässt sich dieses Ziel nur durch einen weiteren Rückzug des Staates. Nur durch noch mehr „Privat vor Staat“ – und durch einen weiteren Gehaltsabbau bei den Beschäftigten.

Für diese Art von Politik gab es noch nie gute Zeiten für Lohnerhöhungen. Für sie wird sie nie eine gute Zeit geben. Die GdP setzt auf eine andere Politik. Auf ein anderes Konjunkturprogramm: Auf ein Konjunkturprogramm, dass den Beschäftigten durch faire Einkommen endlich wieder das Geld in die Hand gibt, auf die sie durch ihre Arbeit einen Anspruch haben.

Dafür gehen wir auf die Straße. Unter dem Motto „Mit 8 Prozent aus der Krise“ demonstrieren am 10. Februar – unmittelbar im Vorfeld der womöglich entscheidenden dritten Tarifrunde – Mitglieder von GdP, ver.di und GEW gemeinsam vor der Düsseldorfer Staatskanzlei. Damit sich die Landesregierung von NRW bewegt. Denn Rüttgers hat bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst eine entscheidende Stimme.



Euer Frank Richter

Mehr Infos zur Demonstration am 10. Februar: Seite 3



Beurteilungsrunde 2009 – ein rechtsfreier Raum?

Ein Zwischenruf von Herbert Uebler, Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei

„Die Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft muss sich auch im Innenverhältnis bewähren“, so lautet einer der Orientierungspunkte in der aktuellen Informationsbroschüre des Innenministeriums NRW. Seit gut zwei Jahren leben wir stattdessen mit Parolen wie „Privat vor Staat“, „Leistung soll sich lohnen“, „Fahnden statt verwalten“. Was haben wir nicht alles in den zurückliegenden Jahren hinsichtlich des Einsatzes des vorhandenen Personals und der Sach- und Finanzmittel erlebt? Wie haben sich der Umgang mit Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung bzw. der Straffung von Abläufen zur Verbesserung der internen Zusammenarbeit auf die Zufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen ausgewirkt?

Das Meisterstück der Landesregierung ist die „Modernisierung der Sozialpartnerschaft“ im öffentlichen Dienst durch ein neues Landespersonalvertretungsgesetz. Die damalige Begründung der CDU/FDP-Koalition bei der Einführung der Gesetzesnovelle: „Das Land Nordrhein-Westfalen steht vor einer umwälzenden Verwaltungsstrukturreform. Hierfür werden zahlreiche weitreichende organisatorische und personelle Entscheidungen erforderlich, für die ein adäquates Personalvertretungsrecht zur Verfügung stehen muss.“

Wir nennen das ein „modernes Kurfürstentum“ unter einem „demokratisch legitimierten Mäntelchen“. Hierzu gehört auch die Beurteilungsrunde 2008 – ein offenbar mitbestimmungsfreier Raum. Jedenfalls wenn es nach der regierenden CDU/FDP-Koalition geht.

Was hat der Flickenteppich der Organisationsentwicklung der Polizei NRW mit der Beurteilungsrunde 2008 zu tun? Vordergründig nichts, tatsächlich eine Menge.

Ein Ziel des Organisationsmodells des Innenministers war die Zweistufigkeit im Verwaltungsaufbau. Erreicht wurde stattdessen eine unechte Zweistufigkeit mit einer kaum zu kontrollierenden Aufgabenzuweisung, die letztlich die Erstellung von Beurteilungen an die Landesoberbehörde LAFP überträgt. Eine Aufgabenzuweisung, die nach Einschätzung der GdP das geltende Recht bis zum Zerreißen dehnt. Denn, ob alle Abläufe, die die betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten in den

letzten Monaten erlebt haben, mit dem Landesbeamtengesetz bzw. den geltenden Beurteilungsrichtlinien vereinbar sind, ist mehr als zweifelhaft. Einige Beispiele:

Das Prinzip der gleichmäßigen Richtsatzorientierung

Nach Vorstellungen des Innenministeriums ist die Schlusszeichnung einer Beurteilung erst nach Freigabe durch das LAFP möglich. Dies soll u. a. der Erstellung eines landesweiten Notenspiegels dienen. Nur: Bedeutet diese Bestimmung für den Leiter einer Polizeibehörde nicht, dass er als Schlusszeichner für die Beurteilungen des mittleren und gehobenen Dienstes nicht mehr Herr seiner eigenen Entscheidung ist?

Auch wenn das Innenministerium offenkundig mit der Mehrheit der Behördenleiter Einvernehmen über diese Vorgehensweise erzielt hat, ist der Eindruck entstanden, dass für das LAFP ein neues Recht geschaffen wurde. Man könnte das als den Versuch der Bildung einer landesweiten Vergleichsgruppe bezeichnen. Ob das mit den geltenden Beurteilungsrichtlinien vereinbar ist, muss jedoch in Zweifel gezogen werden. Bedenklich ist zudem, dass niemand im Innenministerium auf die Idee gekommen ist, diese Frage vor dem Inkrafttreten der entsprechenden Erlasse vom 3. Juli und 6. November 2008 mit dem Polizei-Hauptpersonalrat auch nur zu diskutieren.

Übertragung der Befugnis zur Beurteilung von Beamtinnen und Beamten in A 13/A 14 auf das LAFP

Die Frage, wer Dienstvorgesetzter der Polizeibeschäftigten ist, regelt das Landesbeamtengesetz (§ 3), bzw. die Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums. Der Dienstvorgesetzte, also der Behördenleiter in den Kreispolizeibehörden, regelt die persönlichen Angelegenheiten der ihm nachgeordneten Beamtinnen und Beamten. Zuständigkeitsfragen in diesem Bereich können deshalb

nur durch Rechtsverordnung geändert bzw. geregelt werden.

Die dienstliche Beurteilung gehört zweifelsfrei zu den persönlichen Angelegenheiten der Beamtinnen und Beamten. Bei der Übertragung der Befugnis der Beurteilung der Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen A 13/A 14 per Erlass vom 27. Dezember 2007 an das LAFP ist also zumindest eine gültige Rechtsverordnung nicht beachtet worden.

Bleibender Makel

Ob die abgeschlossene Beurteilungsrunde bei Beachtung des geltenden Rechts inhaltlich zu anderen Ergebnissen geführt hätte, sei dahingestellt. Der Umgang mit geltendem Recht wird aber nicht dadurch besser, dass in diesem Fall der Polizei-Hauptpersonalrat bei der Erstellung des Erlasses beteiligt wurde und ihm im Nachhinein betrachtet fälschlicherweise zugestimmt hat. Entscheidend ist, dass das Innenministerium, als dieser Mangel erkannt wurde, nicht entsprechend reagiert hat.

Das Beurteilungsverfahren im Bereich des höheren Dienstes der Polizei NRW muss deshalb zwingend überdacht werden. Es bestehen Zweifel, ob eine Endbeurteilerbesprechung ohne die Behördenleiter dem geltenden Recht entspricht, denn wie soll der Leiter des LAFP Kenntnisse über jeden zu Beurteilenden haben? Wie soll er rechtsfehlerfrei eine Absenkung oder Anhebung einer Erstbeurteilung im Rahmen eines landesweiten Maßstabes vornehmen, wenn er keine tatsächlichen Kenntnisse über den zu Beurteilenden hat? Es gibt also gute Gründe, über das Beurteilungsverfahren und die Beurteilungsrichtlinien bei der Polizei NRW sehr schnell neu nachzudenken und zu handeln.



Herbert Uebler ist Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei und stellvertretender Vorsitzender der GdP in Nordrhein-Westfalen.



Lohnerhöhung wirkt sofort

Gleich mit zwei Demonstrationen macht die Gewerkschaft der Polizei im Vorfeld der womöglich entscheidenden dritten Tarifrunde vom 14. – 16. Febru-



ar in Potsdam für ihre Forderung nach einer 8-prozentigen Tarifierhöhung für Polizei mobil:

- mit einem **bundesweiten Polizeiaktionstag am 3. Februar in Hannover**, dem Sitz des niedersächsischen Finanzministers und Verhandlungsführers der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Hartmut Möllring (siehe Bundesteil)
- und einer gemeinsamen **Demonstration von ver.di, GEW, GdP und DGB am 10. Februar in Düsseldorf**.

Weil von dem Tarifabschluss nicht nur das Einkommen der Tarifbeschäftigten bei der Polizei abhängig ist, sondern durch die von der Landesregierung bereits angekündigte Übernahme des Tarifiergebnisses unmittelbar auch die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten abhängt, ruft der Landesbezirk alle GdP-Mitglieder zur Teilnahme an der Demonstration in Düsseldorf auf. Um der Landesregierung die Ernsthaftigkeit unserer Tariffor-

derung zu demonstrieren, sollen alle Polizeibeamte nach Möglichkeit in Uniform an der Demonstration teilnehmen.

Den Start der Düsseldorfer Demonstration bildet eine Auftaktkundgebung im Hofgarten, in unmittelbarer Nähe des Düsseldorfer Finanzministeriums. Dort werden Sprecher von ver.di und GEW und GdP noch einmal unsere Forderungen nach einer deutlichen Lohnerhöhung begründen, mit der die Beschäftigten des Landes wieder Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung finden. Vom Finanzministerium führt der Demonstrationsweg zur Staatskanzlei, dem Sitz von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers.

Infos zur Demonstration und zur gemeinsamen Anreise nach Düsseldorf gibt es in allen Kreisgruppen und bei der Geschäftsstelle des Landesbezirks: Tel.: 02 11/2 91 01 22, E-Mail: jochen.littau@gdp-nrw.de

5873 Beförderungen geplant

Weil der Landtag von NRW die Verabschiedung des Haushalts 2009 auf den 12. Februar verschoben hat, gibt es bei der Polizei in den ersten zwei Monaten dieses Jahres keine Beförderungen aus der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn. Beförderungen können nur aus Zurrücksetzungen erfolgen. Die wesentlich größere Zahl der Beförderungsmöglichkeiten, die sich aus der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn ergeben, sind aber durch die Finanzmarktkrise nicht aufgehoben, sie greifen nur später. Nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf soll die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten bei der Polizei 2009 sogar nochmals leicht steigen, auf 5873 Stellen.

Im Einzelnen sind in diesem Jahr folgende Beförderungsmöglichkeiten geplant:

- 455 Beförderungen nach A 8,
- 900 Beförderungen nach A 9 mittlerer Dienst,
- 767 Überleitungen nach A 9 gehobener Dienst,
- 1697 Beförderungen nach A 10,
- 1757 Beförderungen nach A 11,
- 193 Beförderungen nach A 12,
- 104 Beförderungen nach A 13.

Besonders erfreulich ist, dass 2009 alle Polizeimeisterinnen und Polizeimeister von Polizeiobermeisterinnen/-obermeistern befördert werden – es sei denn, es liegt ein Beförderungshindernis vor. Damit wird eine alte GdP-Forderung endlich umgesetzt.

2009 werden voraussichtlich noch 919 Polizeibeamtinnen und -beamte in der Besoldungsgruppe A 8 eingruppiert sein, weitere 900 Polizeibeamtinnen und -beamte in der Besoldungsgruppe A 9 mittlerer Dienst.

Daraus ergibt sich, dass die letzten Überleitungen in den gehobenen Dienst theoretisch Anfang 2011 erfolgen könnten. Dies gilt nach der jetzigen Rechtslage jedoch nur, wenn die Voraussetzungen des Paragraph 8 (Beförderungen) der Laufbahnverordnung Polizei (LVOPol) erfüllt sind. Danach ist eine Beförderung von Beamtinnen und Beamten, die in den Laufbahnabschnitt

I eingestellt wurden und nicht die II. Fachprüfung abgelegt haben, in ein Amt der Besoldungsgruppe A 9 des Laufbahnabschnittes II *frühestens nach einer Dienstzeit von sieben Jahren zulässig*. Dies bedeutet für den letzten ausgebildeten Lehrgang des mittleren Dienstes (Einstellung 1. 10. 2001 – Anstellung 1. 4. 2004), dass dessen Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach der jetzigen Rechtslage frühestens am 1. 4. 2011 übergeleitet werden können.



Von den 5873 Beförderungen, die 2009 bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen geplant sind, entfallen 4367 auf die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn, die übrigen 1506 Beförderungen ergeben sich aus der Nachbesetzung freiwerdender Stellen durch Zurrücksetzung der bisherigen Stelleninhaber.



Weniger Verkehrstote

Seit 2003 ist die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle in NRW um 34 Prozent zurückgegangen. Bis 2015 will die Landesregierung die Zahl sogar noch weiter reduzieren, um 50 Prozent. Ein Ziel, das auch von der GdP mitgetragen wird.

Beitragen könnte dazu nicht nur der neue Bußgeldkatalog, mit dem ab Februar bundesweit die Strafen für einschlägige Verkehrsdelikte zum Teil drastisch steigen, sondern auch die Einführung neuer Technik: 2009 will das Land für 3,3 Millionen Euro neue Radargeräte anschaffen. Mit ihrer Hilfe sollen Geschwindigkeitsmessungen bis zu einer Distanz von 1000 Metern möglich sein. Auch Temposünder in der zweiten Reihe sollen von den neuen Geräten erfasst werden können. Wer erwünscht wird, für den wird es in Zukunft teuer: Wer innerorts 21 km/h zu schnell fährt, zahlt 80 (statt bislang 50) Euro Bußgeld. Bei einer Überschreitung von 31 km/h werden innerorts 160 (statt 100) Euro fällig, außerorts sind es immerhin noch 120 (statt 75) Euro.

Auch bei anderen Hauptunfallursachen steigen die Strafen, zum Teil sogar drastisch. Die Missachtung einer roten Ampel wird ab Februar abhängig von der Dauer der verstrichenen Rotphase mit einer Geldbuße zwischen 90 und 360 Euro geahndet, statt der bislang üblichen maximal 75 Euro. Die Missachtung der Vorfahrt kommt mit einem Bußgeld von 100 (statt 50) Euro doppelt so teuer wie bisher. Das gilt auch für Fahren unter Alkoholeinfluss. Bei einem Blutalkoholgehalt von 0,5 Promille oder Drogenkonsum sind in Zukunft bereits beim ersten Verstoß 500 (statt 250) Euro fällig. Bei Wiederholungstätern beträgt die Geldbuße 500 (statt 250) Euro, beim dritten mal sind es 1500 (statt 750) Euro.

Aus Sicht der GdP reicht allerdings weder die Anschaffung neuer Technik noch die Anhebung des Bußgelds aus, um die Zahl der schwerwiegenden Verkehrsdelikte deutlich zu reduzieren. Denn ohne die notwendige Kontrolldichte verlieren die angedrohten Strafzahlungen ihre abschreckende Wirkung. „Wenn die Landesregierung ihre Ankündigung, die Zahl der Verkehrstoten zu halbieren, ernst meint, darf sie nicht nur in neue Technik investieren, sondern muss mehr Personal bei der Polizei einstellen“, fordert der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter.

Seniorentermine 2009 auf einen Blick

In vielen Kreisgruppen gibt es regelmäßige Treffen der GdP-Seniorinnen und -Senioren. Sie bieten die Möglichkeit, sich nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben über Entwicklungen bei der Polizei und über aktuelle gewerkschaftspolitische Themen zu informieren und mit den früheren Kolleginnen und Kollegen zu treffen.

Mehr Informationen über die regelmäßigen Treffen der Seniorengruppen gibt es bei den GdP-Kreisgruppen. Informationen zu besonderen Seniorenveranstaltungen gibt es jeden Monat unter der Rubrik „Senioren Aktuell“.

Kreisgruppe	Termin	Treffpunkt
Bielefeld	02.02.09, 06.04.09, 08.06.09 03.08.09, 05.10.09, 07.12.09	15.00 Uhr, Hotel Wiebracht, Cheruskerstr. 35
Bochum	jeden 2. Donnerstag im Monat Seniorenstammtisch Bochum jeden 1. Montag im Monat Seniorenstammtisch Herne jeden 1. Mittwoch im Monat Seniorenstammtisch Wanne-Eickel jeden 2. Dienstag im Monat Seniorenstammtisch Wattenscheid jeden 1. Dienstag im Monat Seniorenstammtisch Witten	16.00 Uhr, Lokal zur Altstadt, Brückstr. 20, Ansprechpartner: Willi Hetzler, 0234/309458 16.00 Uhr, Lokal Bergschlösschen, Bergstraße, Ansprechpartner: Kurt Boenke, 02323/40277 17.00 Uhr, Lokal Schinkenkrug, Hauptstr., Ansprechpartner: Berthold Wilke, 02325/72215 17.00 Uhr, Lokal Pütz-Bierstuben, An der Papenburg, Ansprechpartner: Karl Hollmann, 02327/33979 16.00 Uhr, Cafe im Parkhotel, 5. Etage, Bergerstr. 23, Ansprechpartner: Rudi Hackenbeck, 02302/64000
Brühl	März bis November, jeden 1. Donnerstag im Monat	18.00 Uhr, Restaurant zum Dorfbrunnen, Bornheim-Waldorf Ausnahme: Im Juli, August und September finden die Treffen mit PartnerInnen im Restaurant Birkhof in Brühl statt.
Dortmund	jeden 2. Mittwoch im Monat	16.30 Uhr, Kantine des Polizeipräsidiums, Markgrafenstr. 102
Duisburg	jeden 1. Montag im Monat Sprechstunde der Seniorengruppe	10.00 – 12.00 Uhr, GdP-Büro im Polizeipräsidium, 4. Etage
Düren	05.01.09, 02.03.09, 08.06.09 07.09.09, 07.12.09	14.00 Uhr, Cafe Strepp, Obermaubach
Düsseldorf	jeden ersten Montag im Monat	14.00 Uhr, Casino des Polizeipräsidiums
Essen	jeden 2. Dienstag im Monat	15.00 Uhr, Gastronomie im PSV, Hovescheidstr. 25
Hagen	jeden 3. Donnerstag im Monat	15.30 Uhr, Gaststätte Husermann, Bergischer Ring 6
Heinsberg	12.03.09, 18.06.09, 29.10.09	15.00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Heinsberg-Eschweiler, Hülhovensener Straße
Köln	jeden 3. Donnerstag im Monat, außer in den Schulferien, bei Karneval und Feiertagen	14.00 Uhr, Pfarrsaal von St. Georg, gegenüber vom alten Polizeipräsidium
Lippe	jeden 1. Donnerstag im Monat	15.30 Uhr, Gaststätte „Sudhaus“, Detmold, Gelskamp 15
Minden-Lübbecke	jeden 2. Donnerstag im Monat außer 11.06.09 (Fronleichnam)	15.00 Uhr, Seniorenzentrum Minden, Johanneskirchhof
Recklinghausen	jeden 3. Donnerstag im Monat	17.00 Uhr, Gaststätte „Kolpinghaus“, Herzogswall
Rhein.-Berg. Kreis	11.03.09, 17.06.09 16.09.09, 16.12.09	15.00 Uhr, Cafe-Restaurant „Bergische Kaffee-stube“, Bergisch Gladbach-Herkenrath, Ball 4
Siegburg	jeden 2. Mittwoch im Monat	10.00 Uhr, Polizei Siegburg, Frankfurter Str. 12–18 und Polizei Eitorf, Bahnhofstr. (gleiche Zeit)
Siegen	jeden 3. Montag im Monat	15.00 Uhr, Ostbahnhof, Siegen-Kaan-Marienborn, Ansprechpartner: Karl-Wilhelm Müller, Tel.: 0271/371849



Polizisten als Opfer

Glaubt man Innenminister Ingo Wolf (FDP), ist Nordrhein-Westfalen beim Opferschutz bundesweit vorbildlich. Das zumindest hat Wolf erst Mitte Januar gegenüber der Presse erklärt. Für den Schutz von Polizeibeamten, die Opfer einer Straftat geworden sind, gilt das allerdings nicht, wie Erfahrungen der GdP belegen. Die Defizite im Detail:

- Dass Polizeibeamte die Kosten von Schmerzensgeldverfahren durch den Dienstherrn im Wege des Behördenrechtsschutzes geltend machen können, ist zwar kürzlich durch den Behördenrechtsschutzgesetz vom 7. Juli 2008 geregelt worden – aber bis dahin galt der Behördenrechtsschutz in erster Linie für Strafverfahren. Eine späte Erkenntnis.
- Auch von einer konsequenten Vorbereitung und Umsetzung der neuen Regelung kann nicht die Rede sein. Bis vor Kurzem haben etliche Verwaltungen noch nicht einmal gewusst, dass Beamten, die Opfer von Straftaten geworden sind, die Kosten für die Zivilverfahren erstatten werden können und müssen. Auf entsprechende Anträge der Kolleginnen und Kollegen reagierten die Behörden mit Ratlosigkeit, statt mit „schneller und unkomplizierter“ Hilfe.
- Wenn das Innenministerium behauptet, dass es alle Bürger darüber informieren will, „wie Entschädigungsansprüche möglichst schnell und unkompliziert geltend gemacht werden können“, mutet das für Polizeibeamte, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt worden sind, deshalb mehr als befremdlich an. Gleiches gilt auch für die Äußerung des Ministers, „nur wer seine Rechte kenne, könne sie auch wahrnehmen“. Diese Erkenntnis scheint nur für das Außenverhältnis zu gelten, nicht jedoch gegenüber den Polizeibeamten.
- Erstaunlich ist auch der Hinweis des Ministeriums auf die Möglichkeit eines sogenannten Adhäsionsantrages. Dadurch können Schadensersatzansprüche bereits im Zusammenhang mit einem laufenden Strafverfahren gegen den Beschuldigten geltend gemacht werden. Informationen über diese Möglichkeit erhalten im Dienst verletzte Kolleginnen und Kollegen bislang aber ausschließlich von der GdP, nicht vom Ministerium.

Infos: brigitte.hollmann@gdp-nrw.de

Wir sind die GdP



Bei der Polizei nimmt das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) in NRW eine Sonderstellung ein. Das gilt auch für die Kreisgruppe Selm. Mit 420 Mitgliedern gehört Selm zwar zu den kleineren Kreisgruppen des Landesbezirks, aber seine Struktur hat es in sich. Anders als in den Kreisgruppen, die den Kreispolizeibehörden und Polizeipräsidien in NRW zugeordnet sind, gibt es am LAFP einen hohen Anteil von Tarifbeschäftigten. Von Verwaltungsfachkräften bis zu Beschäftigten im Küchenbereich, von technischen Angestellten bis zu hoch spezialisierten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern. Und die Zahl der für viele Jahre am gleichen Standort Beschäftigten ist hier niedriger als in anderen Behörden, weil die Lehrenden im LAFP NRW im Rahmen eines Verwendungskonzeptes grundsätzlich nur für 4 Jahre (max. 6 Jahre) ihre Funktion ausüben, um dann wieder in eine Kreispolizeibehörde versetzt zu werden.

Viele der künftigen Herausforderungen an die GdP – das Gewinnen und Binden unterschiedlicher Mitgliedsgruppen, politisches Engagement auf Zeit oder zum Beispiel die Notwendigkeit neuer Arbeitsformen – zeigen sich hier deutlicher als anderswo. „Noch sind wir erst auf der Suche nach neuen Antworten, wir sind allerdings auf einem guten Weg“, räumt Marcus Gronheid, seit vergangem Jahr Vorsitzender der Kreisgruppe Selm, ein. „Aber was in Selm entwickelt wird, kann vielleicht irgendwann einmal Vorbildcharakter für andere haben.“ Einer der neuen Wege auf die Marcus Gronheid, GdP-Kassiererin Beate Stenzel und Vorstandsmitglied Ingo Nagel setzen, ist die gezielte Ansprache der Neuen. Nicht nur der Bachelor-Studentinnen und -Studenten, die während der fachpraktischen Phasen in Selm sind, sondern auch der auf Zeit zum LAFP NRW versetzten Kolleginnen und Kollegen. Für sie gibt es ein spezielles Programm. Vom ersten Begrüßungstreffen über die gezielte Einbindung in die Gewerkschaftsarbeit bis zur Rückkehrbegleitung in die alte Kreispolizeibehörde. „Wenn sich die GdP modernisieren will, brauchen wir nicht nur einen anderen Umgang miteinander und neue Arbeitsformen, sondern auch Antworten auf die Frage, wie sich unterschiedliche Erwartungen an die Gewerkschaft zu gemeinsamen Projekten bündeln lassen“, meint Marcus Gronheid. Wie das aussehen kann, wollen die Selmer in den kommenden Jahren zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte machen.

GdP aktiv

3. 2., bundesweiter Polizeiaktionstag zur Tarifrunde 2009, Hannover

4. 2., 17.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, Hotel Ortwein, Lippstadt, Bökenförder Str. 18

10. 3., Mit 8 Prozent aus der Krise, gemeinsame Demonstration von ver.di, GEW, GdP und DGA für faire Tarifierhöhungen für die Beschäftigten der

Länder, Düsseldorf

14.–16. 2., dritte Verhandlungsrunde der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Potsdam

19. 3., 14.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Wuppertal, Polizeipräsidium, Raum 300, Friedrich-Engels-Allee 228





Vertrauen zueinander fassen, um gemeinsam etwas zu bewegen – das gehört mit zu den Zielen der Gewerkschaftsakademie.

Start der dritten Staffel

Vor zwei Jahren ging die erste Gewerkschaftsakademie des GdP-Landesbezirks NRW noch als Pilotprojekt an den Start, doch seit diesem Jahr gehört das neue Qualifizierungsangebot für politisch interessierte Mitglieder bereits zum Kernkonzept der Bildungsarbeit der GdP. Zugeschnitten ist die Gewerkschaftsakademie auf die Bedürfnisse jüngerer Kolleginnen und Kollegen, die perspektivisch in der GdP aktiv werden wollen – egal ob in Projekten vor Ort, in der Vorstands- oder der Personalratsarbeit.

Die Grundidee: Eine feste Gruppe von 25 jungen Kolleginnen und Kollegen arbeitet kontinuierlich über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren in Seminaren zusammen und qualifiziert sie so gemeinsam weiter. Geboten wird dazu eine

Kombination von gewerkschaftlichen Kernthemen und Bereichen, die vor allem der individuellen Orientierung und Qualifizierung dienen. So wird zum Beispiel der Themenbereich „Gute Gründe in der GdP zu sein“ oder der Blick in die eigene Gewerkschaftsgeschichte mit Aspekten des Selbstcoachings und des Zeitmanagements kombiniert. Andere Themenbereiche sind die Gewerkschaftsarbeit „vor Ort“, die Personalratsarbeit und das LPVG, Beamtenrecht und Tarifpolitik, Polizei und Arbeitskampf, Wirtschafts- und Finanzpolitik aus einem gewerkschaftlichen Blickwinkel.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich noch für die am 22. bis 24. April beginnende dritte Seminarstaffel anmelden. Infos: Martin Volkenrath, Tel. 02 11/2 91 01 42.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4. 2. Hilde Engel, Bocholt
- 10. 2. Heinz Nabel, Rosendahl
Hanna Tomkowitz, Castrop-Rauxel
- 12. 2. Anneliese Dohmen, Duisburg
Gertrud Scheyna, Duisburg
- 17. 2. Ilse Wünsch, Oberhausen
- 20. 2. Elisabeth Renzing, Oberhausen
- 25. 2. Anna Obgenoorth, Paderborn
Helene Werner, Issum
- 26. 2. Hildegard Quarz, Bremen
- 28. 2. Luise Klanke, Dortmund
Grete Mett, Hückelhoven

91. Geburtstag

- 12. 2. Elli Ostermann, Dortmund
- 13. 2. Johanna Reinert, Bielefeld
- 20. 2. Anneliese Dahl, Memmingen
- 27. 2. Margarete Rode, Solingen

92. Geburtstag

- 6. 2. Margarete Meurer, Köln
- 7. 2. Josef Krawczik, Rosendahl
- 19. 2. Hildegard Fritsche, Dortmund

93. Geburtstag

- 8. 2. Georg Vogt, Bergheim
- 11. 2. Anni Pharrherr, Meinerzhagen
- 16. 2. Ella Anni Münster, Krefeld

- 26. 2. Elli Engels, Wuppertal
Johanna Leben, Gelsenkirchen

94. Geburtstag

- 5. 2. Margot Langner, Iserlohn
- 7. 2. Karl Heinrichs, Aachen
Josef Winnen, Duisburg
- 23. 2. Emma Gies, Wülfrath

95. Geburtstag

- 1. 2. Karl Karsten, Marl
- 19. 2. Heinrich Heckeroth, Nümbrecht

97. Geburtstag

- 9. 2. Karl Puderbach, Mülheim
- 15. 2. Willy Kohlstock, Iserlohn
- 19. 2. Erna Eckert, Burgstetten
- 25. 2. Egon Zwanzig, Reichertshausen

98. Geburtstag

- 14. 2. Johann Naumann, Wuppertal
- 19. 2. Maria Adelman, Leverkusen

101. Geburtstag

- 20. 2. Hermine Mieth, Leichlingen

105. Geburtstag

- 28. 2. Hedwig Schiebel, Lage

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP Nordrhein-Westfalen wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe ist der 6. Februar.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**

in Kurzfassung - Februar 2009



Bundesseniorenfahrt 2009 Bulgarien / Goldstrand ab dem 19.09.2009 - 14 Tage



Die 9. Bundesseniorenfahrt führt Sie an den Goldstrand nach Bulgarien. Das exklusive 5*- Hotel ist nur durch die Promenade vom Strand getrennt und verfügt über eine große Spa-Abteilung, die u.a. Massagen und Aromatherapien anbietet. Für das leibliche Wohl ist in Form von All-Inclusive-Leistungen gesorgt.

Eingeschlossene Leistungen:

Flug ab/bis Deutschland

Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen

14 Übernachtungen im 5*-Hotel Meliá Grand Hermitage

All Inclusive

GdP-Reisebegleitung und GdP-Vorträge

**Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 759,-**

Verschiedene Ausflüge können bereits vorab gebucht werden.
Bitte fordern Sie die ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 • www.gdp-service-nw.de • penguin@gdp-service-nw.de

Hilfe nicht nur fürs Studium

29 000 Datensätze sind in der Literaturdatenbank der GdP erfasst, Hinweise zu Buchveröffentlichungen, Aufsätze in wichtigen Fachzeitschriften und Beiträge in Sammelbänden, die sich mit Hilfe normaler Suchroutinen sonst nicht so leicht finden lassen würden. Die Literaturda-



tenbank erschließt die Bestände der zwar kleinen, aber auf Polizeifragen spezialisierten Fachbibliothek des GdP-Bundesvorstands in Hilden.

Seit April vergangenen Jahres steht die Literaturdatenbank nicht nur den Funktionsträgern und Beschäftigten der GdP, sondern allen Mitgliedern offen. Genutzt wird das Serviceangebot zurzeit vor allem von den Studentinnen und Studenten des im September begonnenen neuen Bachelor-Studiengangs Polizeivollzugsdienst in NRW. Nicht so sehr wegen der räumlichen Nähe zu Hilden, denn der Kontakt zur Literaturdatenbank der GdP erfolgt online und steht deshalb

bundesweit allen GdP-Mitgliedern zur Verfügung, sondern weil die Bachelor-Studenten in NRW inzwischen ihre ersten Hausarbeiten schreiben und sich auf Fachgespräche vorbereiten müssen.

Viele der in der Hildener Präsenzbibliothek bereitgehaltenen Veröffentlichungen finden sich zwar auch in der Bibliothek der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, aber die Suche über die GdP-Literaturdatenbank ist oft schneller und komfortabler. Denn zum Serviceangebot der GdP gehört nicht nur die Erfassung und Verschlagwortung nahezu der gesamten für den Polizeibereich relevanten Literatur, sondern bei neueren Veröffentlichungen auch die Kurzzusammenfassung des Inhaltes.

Wegen des umfangreichen Literaturbestands zu Fragen rund um die Personalratsarbeit und zu polizeirelevanten Themen ist die Literaturdatenbank nicht nur für die Bachelor-Studenten und die Lehrenden in der Polizeiausbildung interessant, sondern auch für politisch Aktive in der GdP. Einzige Voraussetzung für die Nutzung der Literaturdatenbank ist der Zugang zum internen Mitgliederbereich der GdP-Homepage über das persönliche Login-Kennwort für GdP-Mitglieder. Mitglieder, die bislang noch kein Kennwort beantragt haben, können das Kennwort über den Mitgliederbereich auf der GdP-Homepage beantragen.

Infos: Petra Kühl, Tel. 02 11/7 10 41 17

Werbeaktion 2009 Glücksnummern des Monats

45 16308
Andre Holthaus, Hagen
45 15247
Katharina Goebel, Köln
45 16290
Stefan Priess, Dortmund
45 16307
Dominik Gierling, Hagen

Die Gewinner erhalten einen Werkzeugkoffer Optima.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bielefeld

2. Februar, 15.00 Uhr, Vorstellung des Projektes „Senioren mit dem Bus mobil“, Vorführung des Films der BVO – Busverkehr Ostwestfalen, Hotel Wiebracht, Bielefeld

Kreisgruppe Coesfeld

11. Februar, 14.30 Uhr, Seniorenstammtisch, St.-Barbara-Haus, Dülmen, Kapellenweg 75

Regelmäßige Termine siehe „Seniorentermine 2009 auf einen Blick“ (Seite 4). Weitere aktuelle Termine gibt es über die Ansprechpartner der örtlichen Seniorenarbeit.

NACHRUF

Balzer, Berta	19. 10. 1919	Mülheim	Langer, Helmut	18. 8. 1933	Paderborn
Barth, Karlheinz	16. 9. 1932	Recklinghausen	Nagels, Peter	1. 12. 1919	Mönchengladbach
Benner, Otto	25. 12. 1938	Heinsberg	Nethövel, Erhard	24. 2. 1941	Gelsenkirchen
Bietmann, Heinz-Peter	27. 4. 1942	Gelsenkirchen	Nickel, Theodor	12. 2. 1920	Bonn
Bökenkamp, Elfriede	13. 4. 1930	Minden-Lübbecke	Oppenau, Martha	27. 10. 1919	Köln
Dellenberg, Werner	12. 2. 1925	Gelsenkirchen	Rau, Theodor	15. 8. 1915	Köln
Engel, Heinz-Ernst	26. 11. 1922	Wuppertal	Rölleke, Horst	21. 10. 1933	Bochum
Hamer, Emmi	31. 10. 1937	Duisburg	Schinke, Paul	24. 8. 1935	Düren
Hartken, Bernhard	22. 2. 1940	Steinfurt	Schmidt, Hermine	17. 9. 1917	Wuppertal
Heinen, Karl Stefan	7. 12. 1949	Bonn	Schmieder, Eleonora	31. 3. 1922	Essen
Hendricks, Heinrich	6. 6. 1923	Hamm	Schröder, Hermann	30. 10. 1926	Oberbergischer Kreis
Horsthemke, Hans	16. 5. 1944	Gütersloh	Thiede, Karl-Peter	15. 5. 1945	Essen
Jacobs, Herbert	22. 6. 1927	Krefeld	Wirtz, Hans	4. 11. 1920	LKA
Körfer, Wilhelm	3. 10. 1952	Aachen			

